

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
11 (1897)**

167 (21.7.1897)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-261035](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-261035)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Kauf „Norddeutsches Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat (incl. Frangirgeld) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Vorsendungsbillets Nr. 5290) vierteljährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., monatlich 70 Pfg. exkl. Frangirgeld.

Redaktion und Expedition:  
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.  
Telephon - Anschlag Nr. 58.

Interate werden die fünfgepaltene Corpussseite oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechende Abat. Schmärgler Sach nach höherem Tarif. — Interate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Interate werden früher erbeten.

Nr. 167.

Bant, Mittwoch den 21. Juli 1897.

II. Jahrgang.

## Die Verstaatlichung der Reichsbank.

Dem „Vorwärts“ wird darüber geschrieben: Zu den kleinen Mitteln der Agrarier gehört auch die Forderung der Verstaatlichung der Reichsbank, die gerade jetzt wieder auf die Tagesordnung gestellt wird, weil der Zeitpunkt herannäht, an dem das Reich den Betrag mit der Reichsbank kündigen kann. Schon vor 1890 luden die Konfessionen die Reichsregierung zu bestimmen, die Reichsbank für den Staat zu erwerben, aber damals wurde von einer staatlichen Majorität das Privileg der Bank verlängert. Nur die Konfessionen und die Sozialdemokraten waren für den Verstaatlichungsantrag.

Wenn der Reichstag nun abermals vor die Frage gestellt wird, ob er von seinem Kündigungsrecht der Reichsbank gegenüber Gebrauch machen will, so werden zwar auch diesmal Konfessionen und Sozialdemokraten im Prinzip der Verstaatlichung das Wort reden. Aber für die Sozialdemokratie dürften Angehörige der gegenwärtigen politischen Situation einige Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken, die eine direkte Unterstützung der konfessionellen Forderung nicht angeeignet erscheinen lassen.

Dem die Verstaatlichung, die die Agrarier wollen, gleicht auf's Haar der Verstaatlichungspolitik, wie sie dem Antrag Ranitz zu Grunde lag, und bemerkt nichts anderes als eine direkte Unterstützung der notleidenden Landwirtschaft auf Kosten des Kredites des Deutschen Reiches.

Nicht umsonst erheben die Junken den Abgeordneten Camp auf ihren Schild und sehen ihn den Reichsbankpräsidenten Dr. Koch ablösen. Er war es, der sich Ende der achtziger Jahre mit der Reichsbankreform eingehend beschäftigte und die agrarischen Forderungen an die Reichsbank in dankenswerther Weise wenigstens ohne falsche Scham offen in seinen literarischen Arbeiten niederlegte.

Die Agrarier selbst geben ja offen nicht zu, daß ihre Verstaatlichungspolitik nur der offizielle Ausdruck ihrer Geldpolitik ist. Sie suchen vielmehr die Verstaatlichung der Reichsbank mit Gründen zu motivieren, nach denen die liebe Welt annehmen konnte, die Agrarier seien um die Großen der deutschen Steuerklasse angestrichelt besorgt. Die agrarische Presse rechnet uns vor, daß das Reich jährlich an vier Millionen Mark

Einnahmen hätte, die heute noch in die Taschen der Privatkapitalisten fließen, die Antehille des 120 Millionen Mark betragenden Reichsbankkapitals ihr eigen nennen. Hier in diesem Punkte sind die notleidenden Städler wegen ein paar Millionen außerst auf die Interessen des Steuerzahlers bedacht, aber, wenn es sich um Lebensgaben, Zuckerpflanzen u. handelt, dann wird der nämliche Steuerzahler erbarmungslos geschöpft, da werden die Millionen gleich Dupendweisel unter die geliebten Dächer der Agrarier dirigiert.

Schon aus diesem Grunde kann man die Motivierung einer Verstaatlichung der Reichsbank nicht ernst nehmen. Was wollen denn eigentlich die Agrarier nun mit ihrem Plane, was behagt ihnen denn an der heute doch schon staatlich geleiteten Reichsbank nicht?

Den bankrotten Junken geht, wie man weiß, jeglicher anwändige Kredit aus, und es ist ihnen nur noch zu helfen, wenn der Staat diesen Weibern der Monarchie mit finanziellen Mitteln unter die Arme greift. Was bis jetzt auch, seit der großen Steuererhöhung durch Miquel, alles geschieht ist, das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein; die Landwirthe stellen fortgesetzt höhere Forderungen und möchten am liebsten zu ihren Gunsten die ganze Landwirtschaft „verstaatlichen“. Da das aber bis heute nicht durchzuführen ist, so konzentriert sie jetzt ihre Propaganda auf eine Reihe kleinerer Mittel, und da steht die Verstaatlichung der Reichsbank obenan.

Die Reichsbank soll ihnen neuen Kredit schenken, nachdem alle anderen Kreditinstitute verfallen. Die Agrarier werfen der Reichsbank vor, sie benutzte bei ihrer Kreditgewährung vorzugsweise industrielle und kommerzielle Kreise, während die Landwirtschaft von dem Reue des ersten Geldinstituts Deutschlands nichts zu verspüren bekäme. An diesem Vorwurfe ist wohl richtig, daß die Reichsbank in der That in erster Linie mit kommerziellen Kreisen geschäftlich verkehrt, aber nicht aus irgendwelcher Antipathie gegen die Landwirtschaft, sondern aus innerer Notwendigkeit. Die deutsche Reichsbank als Notenbank ist darauf angewiesen, für die Noten, deren Deckung nicht an barem Metallgilde vorhanden ist, in streng sicheren, leicht realisierbaren und ganz liquiden Wertpapieren Deckung zu suchen, soll nicht der Kredit vor der Leistungsfähigkeit der Reichsbank selbst bei der geringsten Störung des Geldverkehrs in die Brüche gehen. Die Landwirtschaft, wie sie nun einmal in Deutschland ist, kann aber solche Deckungen nun einmal nicht bieten und darum kann sie eben auch kein bevorzugter Geschäftskunde der Reichsbank

sein. Herr Camp freilich ist durchaus entgegengelegter Meinung. Um der Landwirtschaft in allgemeiner und umfassender Weise ergiebige Kreditgewährung durch die Reichsbank zu verschaffen, schlägt er eine Diskontierung von Wechseln mit nur einer Unterschrift von Wechseln mit nur einer Unterschrift und sechs bis zwölf Monaten Verfallzeit vor. Diese Forderung würde eine wesentliche Veränderung der jetzigen Geschäftsführung der Reichsbank bedeuten, indem heute die Verfallzeit der Wechsel im Durchschnitt kaum über einen Monat beträgt und statt einer Unterschrift der Sicherheit halber drei gefordert werden.

Nun denke man sich die Forderung der Agrarier durchgeführt: eine Ueberflutung der Reichsbank mit den wichtigsten und schnellsten Wechseln wäre die Folge einer solchen Verstaatlichung. Irgend eine Störung von Belang im Geldverkehr, an die eine starke Inanspruchnahme des Geldbestandes der Reichsbank sich knüpfte, würde hinreichen, um die Schattenseiten solcher Wertpapiere, wie sie die Agrarier gegen Kredit der Reichsbank als Deckung übergeben möchten, auszuweisen. Die Reichsbank wäre nicht im Stande, diese Papiere sofort zu realisieren, sie könnte ihre Noten nicht mit barem Gelde einlösen, die schmutzige Geldkrise wäre fertig — trotz oder gar dank der Verstaatlichung durch die Agrarier!

Doch unter den Konfessionen selbst verständliche Männer find, denen solche Experimente denn doch zu gewagt erscheinen, davon kann man sich da und dort in der konfessionellen Literatur überzeugen. Aber diese Stimmen verhallen unter dem wässrigen Agrarierdemagogie, die in den Versammlungen den Bauer und Handwerker aufjubeln suchen, weil die Reichsbank nicht sozialpolitisch genug sich betätigt.

Leider ist mit einer solchen Agitation viel Unheil anzurichten, weil die Materie ziemlich schwer verständlich ist. Jedemfalls werden die Arbeiter auf das Stichwort „Verstaatlichung“ nicht antworten. Gewiß ist die Sozialdemokratie grundsätzlich für eine Verstaatlichung des Bankwesens, aber sie wird sich hüten, einer agrarisch-reaktionären Agitation wie der heutigen die Reichsbank anzuliefern und dadurch der Junkerpolitik Vorkipandienste bei ihrer Staatsstücken-Politik zu machen.

## Politische Fundschau.

### Deutsches Reich.

Der Dr. v. Miquel, der kurz und vorichtig sich im Hintergrunde der politischen Geschehnisse hält, auf dessen zukünftige Thätigkeit man mit

Erwartung blickt, hat den Mund geöffnet und, da „Programm“ neben nun einmal Mode sind, auch eine Programmrede vom Stape gelassen. Bei der Eröffnungsfest der großen Wäpflinger Brücke in Solingen hat er eine Festrede gehalten. Hören wir, was der „kommende Mann“ zum Weiteren sagt:

„Allein deutsches Land sei weder ein reiner Industrie- noch ein reiner Agrarstaat. Wenn der Staat geteilt wäre, müßten Industrie, Landwirtschaft und der soziale Handel, der beide verbinden soll, dabei sein. Diese großen Berufsstände sind aufeinander angewiesen. Die Industrie Deutschlands sei so stark, daß der Export an der Weltmarkt notwendig sind. Aber auch der innere Absatz müsse nicht vernachlässigt sein. Die Staatsverwaltung dürfe nun ummäßig einseitige Interessen vertreten. Es dürfe der alte Haß der Hohenzollern, ebenso wie über den Parteien, so auch über den Interessen zu stehen. Die Regierung müsse eine Durchschnittsmeinung festhalten, alle Kräfte müsse sie vereinigen. Die Beförderung der einzelnen Berufsstände untereinander bedeutet, es dahin bringen, daß der breite Laich, der dem Staat die Mittel für die einzelnen Berufsstände liefere nie so weit gehen, die Lebenskräfte der anderen Klassen zu unterminieren. In diese Zukunft dürfe aber auch von der Landwirtschaft ab. Jede Beförderung, welcher Natur auch immer, muß an Vertrauen mehr sein. Die Klassen aber, welche die traurigen Zustände vor 1870 erleiden haben, müssen, was die Wiederehrerung des Reiches betrifft.“

Auch davon sprach Miquel — wie ein weiterer Bericht besagt —, daß der Kaiser das Ansehen des Reiches zu erhalten wisse; Deutschland sei kein Binnenland mehr, es müsse nach außen hinaus und dazu bedürfe es der erforderlichen Machtmittel. — Viel hat Miquel in seiner Festrede nicht verrathen von dem, was er in seinem Haupte bewegt. Auch sein Programm kommt nicht über Allgemeintheorien hinaus. Aber etwas mehr hören wir immerhin aus diesem Programm oder aus dem von Vielesfeld und Köhn. Was wir hören, das zeigt uns den Vizepräsidenten des Staatsministeriums diesmal als Nachfolger des angehenden ehemaligen Kommunisten in den ausgetretenen Geleisen der gemöhnlichen Durchschnitts-Reaktionspolitik. Zu der Weisheit braucht nicht ein so großes Licht kommen. In solchen Gemeinplätzen hätte auch ein geringerer hingereicht. Der Satz, daß die Hohenzollern immer über den Klassen gefanden hätten, ist ebenso schön wie der, daß sie die Landwirtschaft und die Mittelklassen am meisten leiden. Von der Arbeiterklasse weiß ich einiger Intimus gar nichts mehr zu sagen; deren Lebenskräfte werden ja auch gar nicht unterhanden durch die Fürsorge für einzelne Berufs-klassen. Dafür betennt sich der Finanzminister zum Zirkus und bricht eine Länge für die „Machtmittel nach außen hinaus“. Immerhin ist es etwas, was uns Miquel erzählt hat.

## Wahn und Wirklichkeit.

Noman von W. Köhler (E. Mielck'sche Verlagsanstalt).

So reichte sich Tag an Tag, Woche an Woche. Die Kinder aus dem Dorfe waren schon dreimal in Peisigensteden gewesen und immer mit reichlicher Ausbeute heimgekehrt. Das Fieber schien endlich zu erlöschen, aber die Dungenstoch dauerte fort, denn alle Weibstühle feierten.

Als die neuerbauten Arbeitstühle eröffnet werden sollten, fand es sich, daß selbst die Wenigen, welche ihre Bereitwilligkeit zugesichert hatten, nun im Augenblick der Entscheidung wieder zurücktraten. Sie wußten, daß sie von allen Uebrigen in die Acht erklärt worden waren.

Von allen Seiten kamen für die Hungenden reiche Spenden an Geld, Lebensmitteln und Kleidungsstücken. Romberg mußte täglich sehen, daß in ganz Deutschland Drogen und Hände sich aufhieten, um den Unglücklichen in ihrer Bedrängnis beizustehen. Die Frauen trugen Kleider, wie sie solche durch ehrliche Arbeit niemals erwerben konnten, die Männer rauchten geschnittenen Tabak und Alle gingen höhnlich lächelnd an den leeren Arbeitstühlen vorüber.

„Er solle nur die Geduld nicht verlieren, der gestrenge Herr, hatten sie mit offenem Spott gesagt, und Görner übertrag gefällig das Gedächtnis. Reiner von ihnen würde die neuen Weibstühle berühren.“ Romberg knüpfte in der Stadt Verbindungen an, allein auch diese Versuche mißlang. So hoch hinauf in das pfadlose Gebirge und so

gang und gar der Billfür eines einzigen Mannes überließert, — nein, daß er dankten die Leute. Darauf wollte sich Niemand einlassen. Romberg sprach nach ein Wort, er sah den ganzen Tag bei der Arbeit, und nur, wenn Käthe in seiner Nähe kam, lebte er auf. Sie war die Einzige, mit der er seine Gedanken austauschte.

Stundenlang konnte er, je länger um desto häufiger mit ihr alle Einzelheiten besprechen, sich mit ihr in Pläne und Zeichnungen vertiefen. Sein Gesicht hatte von dem Ausdruck ruhiger Festigkeit und Zufriedenheit viel verloren; etwas ganz Fremdes, an nervöse Ungeduld Erinnerendes war in seinen Blick gekommen.

„Da, an diesem Punkte, soll eine große Waise und Wadenshalt erbaute werden.“ sagte er einmal, „und hier eine Gerfläche. Ich wollte den Weiberfrauen die Doppelst der Wirtschaft und des Erwerbens tragen helfen.“

Käthe sah auf. „Sie wollen?“ wiederholte sie. „Inzwischen hat sich also Ihre Absicht geändert, Herr Doktor?“

„Er schüttelte den Kopf. „Das wird sie nie“, war die rasche Antwort. „Aber man legt der Ausführung unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Es kommt der Tag, an dem ganz Altode leer steht. — Wohnungen, Arbeitsräume, Alles. Auch für die glänzenden materiellen Vortheile wollen diese Verblendenden das nicht opfern, was sie ihre persönliche Freiheit nennen.“

„Zu hungern und in Lumpen einherzugehen.“

„Natürlich. Ob in der baufälligen Hütte ein Ferkel, ein Schaf oder ein Volk Hühner mit ihnen lebt, ob Kartoffeln und Zwiebeln unter den Betten liegen, darauf kommt es durchaus nicht an; aber den eigenen, schmutzbedrückten Raum aufgeben und dafür gesunde, belle Zimmer in einem Familienhause bewohnen, das wollen sie auf keinen Fall.“

„Wenn sie nämlich gefragt werden,“ schaltete Käthe ein.

„Ich muß es wohl. Die häßlichen, an Fabrikarbeit gewöhnten Weiber sehen nicht in die Wildnis hinaus, wie mir neulich geantwortet wurde.“

Käthe sah mit einem langen Blick in das Gesicht des ersten, bleichen Mannes. „So wollen Sie weichen, Herr Doktor? Den Kampf?“

Ein Blick suchte plötzlich aus seinen Augen. „Indem ich den Leuten ihre Hütten und die Arbeit an den eigenen Weibstühlen lasse? Nie, so lange ich Herr auf Altode bin.“

Käthe nickte. „Das ist auch meine Ansicht,“ bestätigte sie. „Mögen die Widerwilligen am ersten November sehen, wohin sie ihre Häupter betten. Vielleicht deutet die Noth ihren Starrsinn.“

Romberg versprühte ein Zeitungsbillett in laufend kleine Stücke. „Es werden Versammlungen abgehalten,“ fuhr er fort, „man bereitet eine Eingabe an mich für die nächste Zukunft vor. Ich tenne auch schon den Inhalt derselben, — Görner hat mir Alles hinterbracht.“

„Unannehmliche Bedingungen natürlich.“ „Ganz unannehmbar. Der alte Brand hat die Gesundheit ausgezehrt, und alle übrigen Familienmitglieder werden das Schicksal unterzeichnen.“

„Köfbar, in der That! Und was wird von den guten Leuten beantragt? Viel Lohn und wenig Arbeit, nicht wahr?“

„Ungefähr. Ich soll bessere Lohnsätze einbringen, so daß der Verdienst auf das Doppelte steigt, soll die Häuser gründlich reparieren lassen und die Weiber herabziehen, überhaupt dafür sorgen, daß man zufrieden werde, sich in seinen vier Wänden wohl fühle, dann könne ein gutes Einvernehmen entstehen; in die neuen Häuser aber werde Niemand ziehen.“

„Und was gedenken Sie darauf zu antworten, Herr Doktor?“

„Das ist gut. Mögen diese Kurführer sehen, wo sie bleiben. Für das Interesse des Einzelnen darf niemals die Gesamtheit leiden.“

Ein warmer Blick traf den Käthe. „Es freut mich, doch wenigstens eine Seele zu besitzen, die mich ganz versteht,“ sagte nach einer Pause der Gutsherr. „Die herausgehenden Wölfe sind sehr drohend — man wird mich einen Teufel in Menschengestalt, einen anderen Nero nennen — aber das muß durchgeschlupft werden — leichter zu zweien, als allein.“

(Fortsetzung folgt.)

Nichts Neues, aber eine nicht werthlose Be- stätigung dessen, was schon bekannt war. Land- wirthschaft, Mittelstand und Marine — das sind die Stiele, welche die Regierungspolitik leiten. Die Meistheit ist im Juge und Dr. Johannes Miquel ist ihr Führer!

Zu Herrn von Marischall Verabreichung (sichert die offizielle „Mil.-Pol. Korrespondenz“). Neuerdings hat sich ein Streit darüber erhoben, ob Freiherr von Marischall ein Mitgliedsge- schäft eingetriggt habe oder nicht. Wenn insbesondere gesagt wird, die in einem Hamburger Blatte jüngst aufgetauchte Nachricht, daß Herr v. Marischall bereits in der Schweiz, die er vor seiner Abreise bei dem Kaiser gebitt, um seine Ent- lastung nachgesucht habe, den Thatsachen nicht entsprechen, so können wir dies uninteressiert durch- aus bestätigen. Herr v. Marischall bemerkt allerdings am Schluß seines Vortrages, daß, wenn er nicht mehr das allerhöchste Vertrauen genießen sollte, er gern seine Entlastung eruchen würde. Da aber hierauf keine Versicherung des Kaisers erfolgte, die der Staatssekretär Freiherr v. Marischall dahin aufstellen zu müssen glaubte, daß er das Vertrauen des Monarchen nicht nach wie vor besitze, so konnte er von hier ab in der sicheren Erwartung, nach Bewilligung seines drei- monatlichen Urlaubes auf seinen Posten zurück- kehren zu können.

Der hässliche Zwist zwischen den feindsidigen Brüdern vom Freisinn über die Befragung der einzelnen Reichstagskommissionen lobert wieder hell auf. Diesmal handelt es sich um den Wahl- kreis Schlomo-Bülow-Kummelsburg. Dort ist, wie die Richter'sche Freis. Ztg. mittheilt, seitens der Freisinnigen Vereinigung das Märchen verbreitet: der bisherige Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, Herr Georg Schiffmann zu Klagenwalde habe seine Kandidatur zu Gunsten des Kandidaten der Freisinnigen Ver- einigung, Herr Steinbrunn, zurückgegeben. Auch die auswärtige Presse der Freisinnigen Ver- einigung — sagt das Richter'sche Blatt — übertrug kramphal diese Kunde zu verbreiten und dadurch den Einbruch der Freisinnigen Vereinigung in einen Wahlkreis zu bewerkeln, in welchem die Freisinnige Volkspartei im Jahre 1893 über 6000 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigt hat. Eben so leser wir in der „National-Ztg.“ von Dienstag Abend: Herr Schiffmann habe die Kandidatur abgelegt, „weil er die von der Freisinnigen Vereinigung aufgetragene in dem überwiegen ländlichen Wahl- kreise als aussichtslosler anerkannt; jedenfalls, bemerkt dazu die „National-Ztg.“ weiter, ist es eine Neugierde, daß durch das Vorgehen des Bauernvereins Herrn Schiffmanns „Gesundheit gefährdet worden.“ Die „Freis. Ztg.“ ist be- wußt hoch erfreut, diesen Nachschönen der Freisinnigen Vereinigung folgende Erklärung des bisherigen Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Schiffmann, entgegenzusetzen zu können: „Die von verschiedenen Seiten verbreitete Kunde, ich habe meine Kandidatur zu Gunsten desjenigen des Wählerkreises Steinbrunn zurückgegeben, er- löste ich hiermit für durchaus unrichtig. Die Zurück- ziehung meiner Kandidatur ist erfolgt in der Erwartung, daß ein anderer freisinnig-volksparteilicher Kandidat an meine Stelle trete, da ich selbst in Folge meiner an- gereiften Gesundheit den weiteren Kampf gegen die seit Monaten erfolgten Angriffe auf meine Kandidatur seitens der Freisinnigen Vereinigung nicht weiter zu führen in der Lage bin.“

Klagenwalde, den 11. Juli 1897. Georg Schiffmann.

Die Freisinnige Volkspartei hat auch bereits einen anderen Kandidaten gefunden, so daß der Krieg fortgesetzt werden kann, was bereits am Sonntag in einer Versammlung in Bülow ge- schehen, wo Herr Richter sein militärfreundliches Herz ausschüttete und die Opposition gegen Militär- und Marinevorlagen für unpraktisch erklärte, da wir doch gegen zwei Fronten zu kämpfen hätten. Ein paar Bataillone oder ein paar Panzerschiffe mehr oder weniger könne ihm nicht entscheidend erscheinen für politische Stellungnahme. Dem Militär- und Marine- schmämer Richter wurde darob von einem volksparteilichen Redakteur Winkler kräftig beimgesucht. Die Bauern werden durch diese brüderliche Ketzerei sicher nicht sonderlich für den Liberalismus begeistert werden.

Die „Kette“ des Handwerks. Die denkbar traurigsten Verhältnisse bestehen in Berlin für die Bädergehilfen. Nach dem Gehaltsorgan sind von 5000 Bädergehilfen Berlin gegenüber 2000 arbeitslos. Schuld an dieser großen Arbeitslosigkeit habe die Lehrlingskürzung. Der „Germania“-Jungmännerverband beständige 19 000 Gesellen und 15 000 Lehrlinge. Auf den Sprech- bureau (Arbeitsnachweiser) lauern die Gesellen zu Hunderten und beneiden jeden Kollegen, welcher Arbeit erhält. Dabei aber sollen die privaten Sprechmeister eine Stelle unter 10 bis 15 Wk. überhaupt nicht vergeben. — Eine Lehrlings- kürzung, wie sie kaum schlimmer gedacht werden kann, wird demnach von den Herren Jungmännern hergest. Durch diese Zahlen wird das Verbalten der Bädermeister gegen den Minimal- arbeitslohn erst in's richtige Licht gestellt. — Die gleichen Verhältnisse bestehen in Bezug auf Lehrlingskürzung bei den Barbiermännern.

Der tolle Gedächtnistag in der Kohlen- industrie hat, wie die Blätter berichten, eine starke Nachfrage nach Bergarbeitern zur Folge; auf verschiedenen Stellen bei Selbsthütten ist ein Arbeitermangel eingetreten, wie er im thürin- gisch-sächsischen Bergbaugebiet noch nie zu verzeichnen

war, und der die Grubenverwaltungen zwingt, Arbeitskräfte in großer Zahl aus anderen Gegen- den herbeizubolen. So hat u. A. eine einzige Zechenverwaltung in der letzten Zeit 250 Arbeiter aus anderen Provinzen, eine andere eine große Zahl aus Oesterreich herbeigeholt. — Aber den Arbeitern ihre geringe Löhne auszubehalten — dafür sind die Grubenbarone nicht zu haben; sie wollen den Profit unerschütterlich an sich fesseln.

Wieder ein Prügelalter Schuttmann. Aus Bonn wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Ein Konflikt zweier holländischer Arbeiter mit dem Bonner Polizeiergenten Schlagberg beschäftigte die Strafkammer. Sein Ausgang — Frei- spruchung der Arbeiter — ist recht befallend für den Polizeiergenten, dem in der Verhandlung schwere Mißhandlungen nachgewiesen wurden. Die Holländer Hegemann und Arbeiter waren hier beim Brückenbau beschäftigt. Sie hatten sich am 13. Juni auf dem Rheinwerft in angelegter Stimmung etwas lustig benommen und waren gegen die in Begriff, auf ihr Schiff im Rhein zurückzufahren, als sie von einem Polizeiergenten angehalten wurden. Ueber den Vorgang und den weiteren Verlauf gab in der Schöffengerichts- verhandlung am Samstag der als Entlastungs- zeuge geladene Gerichtsvollzieher Schulte folgen- des zu Protokoll: „Ich kam an jenem Tage gegen 7 Uhr abends mit meinem Sohn aus der Badeanstalt und sah am Westende angelegte Arm in Arm. Beide waren offenbar angegrünt und schwanken mehr oder weniger. Sie gingen der Landstraße ihres Schiffes zu. Dort blieben sie am Geländer in lebhaftem Ge- spräch mit einander stehen. Unterdessen kam der Polizeiergent Schlagberg hinzu und forderte die beiden auf, sich auf ihr Schiff zu begeben. Arbeiter sträubte sich dagegen, wurde aber von seinem Kameraden, der ihn mit Gewalt hinüber- schafften wollte, am Arme gefaßt. Da er dann noch umstände machte, sollte er mit zur Wache gehen. Darauf setzte Arbeiter mit den Worten: „Ja, if ga mit!“ über das Geländer und taumelte den Beamten entgegen. Als ihm aber der Beamte eine Fessel um den Arm schlang, hielt er den Arm des Polizeiergenten fest. Daß Arbeiter den Beamten irgendwie angegriffen oder bedroht hätte, habe er nicht gesehen, wiewohl ich neben Schlagberg stand. Ebenfalls hörte ich bedrohliche Ausrufungen. Als nun Arbeiter sich gegen die Fesselung sträubte, rief Schlagberg ihm zu, er solle los lassen. Da dies nicht ge- schah, schlug er ihn mit einem harten Gegenstand übers Auge, daß der Holländer zu Boden stürzte. Bei dem Schläge „knallte“ es nur so. Nachdem der Gestoffene sich wieder erhoben hatte, machte er eine Bewegung auf den Beamten zu. Dieser zog nun blank und schlug ihn mit dem Säbel über den Kopf. Schon beim ersten Hieb sprang die Klinge!!! Ich wendete mich um, denn ich konnte es nicht mit ansehen. Arbeiter hatte weder eine Wunde noch einen Tod noch irgend einen Gegenstand in der Hand. So lange ich die beiden Holländer vom Rheine aus sah, ist das Publikum von ihnen nicht belästigt worden.“ Diese Zeugenaussage wurde noch durch die Aus- sage des 17jährigen Sohnes des Schulse be- stätigt, der ferner hinzusetzte, daß der Polizist den Holländer, nachdem infolge des wuchtigen Schläges die Klinge geflogen war, noch mit dem Stumpf des Säbels mit aller Gewalt ge- schlagen habe. Als der Angeklagte Hegemann sagte: „Je hebt kein Recht, mein Kamerad so zu schlagen.“ — schlug ihn der Beamte mit der Rette und schrie: „Wenn Sie nochmals den Mund aufmachen, stecke ich Sie mit dem Stumpf da durch und durch.“ Ein dritter Zeuge bestätigte die Aussage. Dem gegenüber erklärte Polizeiergent Schlagberg, er sei von Arbeiter bedroht worden mit dem Ausrufe: „If ga met, maar erft steef if de bütsche Polistief over den Koop!“ Dann habe er ferner mehr- mals den Arbeiter verwahrt und sei von diesem geschlagen worden, ehe er zum Säbel griff. Schließlich habe er allerdings „feste“ auf ihn „losgehabelt“. Der Sergeant erklärte es für eine Lüge, daß er mit der Rette geschlagen habe. Seine Ausrufungen waren indes mit den zeugeneidlichen Aussagen der anderen Zeugen nicht in Einklang zu bringen, und so wurden die beiden Holländer schließlich freigesprochen. — Was geschieht denn nun mit diesen Mutter- beamten, der seine Rechte so maßlos über- schritten hat??

Bei den Gewerbegerichtshöfen in Dresden erschloffen unsere Genossen über die Kandidaten des evangelischen Arbeitervereins einen vollständigen Sieg. An der russischen Grenze kommt man, wie es scheint, manchmal russischen Fußstapfen recht nahe. So wird aus Oberhessen gemeldet: Auf Eruchen der russischen Regierung wurde

ein in Vapine anlässige russische Familie aus- gemietet. Die Vapiner Polizei begünstigte sich aber nicht mit der Zuteilung des Ausweisungsbefehls und ließ der ausgewiesenen Familie die Wahl der Grenze nicht frei, sondern schaffte sie an die nahe Grenze und übergab sie in Wobojem bei Wylowka an die russische Polizei. Der Familien- vater dieser Familie hatte sich angeblich dem Militärtribunal in Wylowka entzogen. — Mit sechs Wochen Gefängnis ist der ehemalige Zeitungs- folporteur Dolong in Königsberg bestraft worden, weil er Photographien eines Bildes, auf dem er gefesselt und in Gefangenentracht dargestellt war, vertheilt hat. Diese Vertheilung, heißt es im Strafbeschl. ist geeignet gewesen, das Publi- kum gegen die Gefangeneneinrichtungen aufzubringen und die öffentliche Ordnung zu stören; selb- verständlich fehlt auch der grobe Unfug nicht in der Strafanfügung. Dolong wurde auch im März, als er eine achtstägige Haftstrafe verbüßt, statt acht vierzehn Tage im Gefängnis gehalten. Was jetzt ist ein Entschädigungsanspruch da nicht entprochen worden, da bis jetzt noch nicht die Person ermittelt sei, die die unrechtmäßige Verleumdung der Haft verschuldet habe.

Dolland. Amsterdam, 17. Juli. Die Auffstellung des Bahor Bar zum Kandidaten der sozialdemo- kratischen Partei bei der Radwahl in Veerwaarden hat die Parteiliche überfallen und kann sie sich nicht damit befremden. In Verantwortung eines Schreibens derjenigen, welche Bar auf den Schild gehoben, erklärt die Parteiliche folgende Rundgebung im „Sozialdemokrat“: „In Er- wägung, daß Herr Bar erst nach seiner Auf- stellung als Kandidat Mitglied der sozialdemo- kratischen Arbeiterpartei geworden ist und daher seine Kandidatur nicht als die eines Partei- genossen angesehen werden kann, daß Herr Bar bis heute niemals irgend welche Sympathie mit den Bestrebungen der Partei gezeigt hat und selbst nicht an dem jüngsten Wahlkampf thätig zu Gunsten unserer Partei für die erste Stimmen- abgabe theilgenommen hat; in Erwägung ferner, daß durch die Beförderung von Kandidaturen ähnlicher zweifelhafter Elemente die Gefahr ent- steht, daß unter der Flagge unserer Partei Männer in das Parlament gewählt werden, für deren Thaten die Partei keine Verantwortung übernehmen kann und daß unsere Partei daher Gefahr läuft, von einigen Menschen als ein Mittel angesehen zu werden, um eine politische Rolle zu spielen; jedoch auch erwägend, daß der Parteivorstand einem „fait accompli“ (fertigen Thatsache) gegenübersteht, und die Mehrheit des Parteivorstandes die Verantwortlichkeit für die event. Folgen einer Nichtunterstützung nicht glaubt auf sich nehmen zu dürfen, beschließt mit Stimmenmehrheit der Vorstand, den Arbeiterorganisationen, welche die Kandidatur Bar aufgestellt haben, die unbedingt Unterstützung der Sozialdemokratischen Arbeiter- partei zuzusagen.“ — Die Widerpart erklärte sich gegen diese Unterstützung.

Cserchisch-Ungarn. Budapest, 17. Juli. Wegen des ungarischen Jügelarbeiterstreiks richtete am ungarischen Ab- geordnetenhaus der Abgeordnete Stefan Rakosoff eine bringende Interpellation an den Handels- minister und an den Minister des Innern. Nach einer Schilderung der Zustände in den Jügel- fabriken ließ der Interpellant folgende Anträge an den Handelsminister: 1) Hat der Minister Kenntniss von dem Streik und von den von Seite der Fabrikanten vertriehen Gefährlichkeiten? 2) Erfüllt die Gewerbebehörde ihre Pflicht der Vorkaufsannehmen und erläßt sie pflicht- gemäß hierüber Bericht an das Handelsministerium? 3) Was gebietet der Minister zur Sanirung der in den Fabriken herrschenden Verhältnisse zu thun? Den Minister des Innern fragte der Inter- pellant: 1) Hat der Minister Kenntniss davon, daß die Polizei die Arbeiter mit roher Gewalt zur Arbeit zwingen sollte? 2) Hat der Minister die Abficht, eine strenge Unterdrückung einzuleiten, wenn selbst das abgebrühteste aller Bour- geoisparlamente, das noch jüngst wegen des Erntearbeiterstreiks die Regierung zu Gewalt- maßnahmen anspornte, sich nicht enthalten kann, auf Befreiung zu dringen.

Türkei. Konstantinopel, 17. Juli. Den Türken ist der Kampf geschmolten angehts des Ganges der Friedensverhandlungen. In den politischen Kreisen herrscht eine getriebene Stimmung, die bereits zur Ueberhebung sich gesteigert hat. In der Presse kommt diese Stimmung am Besten zum Ausdruck. Besonders sind die Artikel, welche die türkischen Zeitungen „Idam“ und „Sabah“ bringen, von großer Bedeutung. Es wird darin nach einem dem „Berl. Tagebl.“ aus Konstantinopel zugehenden Telegramme ausge- führt, der vergangene Krieg habe aller Welt die moralische und politische Stärke der Türkei ge- zeigt, deren Truppen von allen Gesichtspunkten aus, in Marschfähigkeit, Equipierung, Verpflegung u. s. w. dem Feinde überlegen gewesen. Weiter heißt es: „Bisher waren wir den europäischen Völkern nur durch viel manig Jahren falsche Berichte bekannt, heute werden sie ihre Meinung ändern müssen und Niemand wird leugnen, daß unser Prestige mächtig gehoben ist. Unser Kredit und unsere Papiere sind gestiegen, Anleihen haben wir nicht nötig, im Gegentheil bietet man uns Kapitalien von allen Seiten an. In

allen Ministerien beschäftigt man sich mit Arbeiten für den Ausbau des Handels und der Industrie, aber auch mit der Verbesserung der Verkehrsmittel, vor allem im strategischen Interesse.“

Gewerkschaftliches. Ueber den Jügelarbeiter-Streik in Budapest liegen jetzt folgende Nachrichten vor: Nachdem am Sonntag in mehreren Versammlungen der Streik beschlossen worden war, haben sich am Montag nur wenige zur Arbeit gefe- lert. Die Jügelarbeiter haben in mehreren Fabriken Arbeiter beschäftigt, aber sich einer Strenge Vorkehrung unterzogen, doch wurden in einigen Jügelereien theilweise Vorkehrungen ungenutzt; dagegen wurde die von den Arbeitern getriebene Reduktion der Arbeitszeit nicht be- stimmt. Spätere Mittheilungen gehen dahin, daß ein großer Theil der Jügelarbeiter unter den von den Arbeit- gebern ungenutzten Bedingungen die Arbeit wieder auf- genommen habe. — Der Zeitungsmittler hat an den Budapestener Magistrat ein Telegramm geschickt, in dem er mit den Unternehmern sofort ins Gericht geht. Er führt darin aus, daß bei Streikbewegung der Jügelarbeiter daran zurückzuführen sei, daß die Arbeitgeber zum un- erlaubten Schaben der Arbeiter auf ihren Fabriken Einrichtungen unterhalten, welche gefällig unterliegt sind, und daß die Gewerbebehörden dagegen nicht energisch und streng vorgehen. Solche Behauptungen seien vollständig für technische Unwissenheit und jugendliche Spinnerei. Der Minister spricht sich Bebauern darüber aus, daß diese Behauptungen erst durch die Arbeitseinstellung an das Tageslicht kommen.

Der Landarbeiterstreik im Woloskischen hat mit einem Sieg der Streikenden endet. Wie wir von „Rusland“ entnehmen, wurde in einer Zusammenkunft von Vertretern der Streikenden und der Unternehmern in der Bezirkshauptstadt, eine Einigung erzielt, in welcher alle Forderungen der Arbeiter (Schneider und Textiler) be- willigt wurden. Der sozialistische Deputierte Gotsch wurde von den unternehmernlosen Kreise mit ungenügender Be- gegnung empfangen, als er vom Kassen des Stadtrathes über den Sieg der Arbeiter verfügte. — Der Sieg der Land- arbeiter in den Provinzen Ferrara und Bologna ist um so bemerkenswerther, als die italienische Regierung in jenen Provinzen eine mehr Schiedsgerichtsart er- richtet hätte. Gegen 12 000 Gehilfen waren in das Streikgebiet gezogen, alle Arbeitervereinigungen, sozia- listische und rein nichtsozialistische wurden unterdrückt; wer nur irgendwie verächtlich war, die Streikenden zu unter- stützen oder mit ihnen in Sympathie, wurde verhaftet; die Gehilfen wie die Behörden gingen mit der größten Brutalität vor. Die Sache des Sozialismus in Italien werden die beiden trotz auf einander folgenden liegenden Wahlenstreiks der gedemüthigten Landbevölkerung eine enorme Förderung sein.

Aus Stadt und Land. Bant, 20. Juli.

Eine Gemeinderathssitzung findet am nächsten Freitag den 23. Juli im Rathsaule mit folgen- der Tagesordnung statt: 1) Bergebung der Reinigung der Entnahmestellenanlagen; 2) Kir- chensangelegenheit; 3) Befreiung der Stelle eines hauseigenen Betreibers des Gemeindevorstandes; 4) Feuerlöschwesen; 5) Verschleißwesen.

Müdelein und Ueberfall. Gestern Abend verühten mehrere jugendliche Arbeiter in der Neuen Wilhelmshafenstraße, am Meyer Weg, im angeheiterten Zustande allerlei Unfug. Sie- auf zur Rede gestellt, gingen sie zu thätlichen Angriffen über. Ein alterer Mann aus der Radfahrerschaft wollte die Leute wieder zur Ver- nunft bringen, kam dabei aber übel an, denn einer der Rüpfer schlug den nächststehenden Mann, ohne daß dieser sich zur Wehre setzte, mehrfach in's Gesicht, so daß ihm das Blut herunterlief. Die Komplizen ließen dies ruhig geschehen, bis andere Personen aus der Radfahrerschaft noch hinzukamen und dem Helden eine ordentliche Fesseln an Ort und Stelle verabreichten, die diesem möglichsten haben wird. — Von drei nächstgehenden Burden überfallen wurden in der vergangenen Nacht gegen ein Uhr beim Bahn- übergange drei friedlich auf dem Radbauweg befindliche Schneider ohne jeden Anlaß. Einer derselben wurde so arg jugerichtet, daß er blut- bedeckt eine Zeit lang auf der Stelle liegen blieb. Auf die Hülferufe hinzugeeilte Personen setzten eine Verfolgung in Scene, die aber erfolglos war, da die Komplizen sich in verschiedene Grund- stücke der Nachbarschaft geflüchtet hatten und hier nicht mehr gefangen werden konnten. Da Spuren der Thäter vorhanden, werden hoffentlich diese Burden der verdienten Strafe nicht entgehen. Es ist tief bedauerlich, daß immer wieder der- artige Fälle registriert werden müssen.

Schadensabwägung. In der letzten Nacht ist in dem Neubau des Herrn Burard der eben aufgetauchte altheidische Rachehofen abgerissen und zerfallen worden. Derselbe rucklose Thut ist auch vor einigen Tagen in einem Neubau der Marktstraße verübt worden. Der Umstand, daß es ein und derselbe Topfermeister ist, dem der Schaden zugefügt worden und es einer von denen ist, der die Forderungen der Gehilfen nicht be- willigt hat, hat den Verdacht erzeugt, es handle sich hier um einen von irrenden Topfern an- gestifteten oder verühten Racheakt. Für können nicht glauben, daß der Verdacht begründet ist, denn wäre er es, so wäre solche That unerbitt- lich und verwerflich im höchsten Grade und würde die Streikenden um die Sympathie eines jeden anständigen Menschen bringen, er sei Arbeiter oder Bürger. Jedenfalls müßten die gesammten organisierten Arbeiter Verwahrung dagegen ein- legen, daß von ihnen die Anwendung solcher Mittel im Lohnkampf gebilligt wird. Die aus- ständigen Topfer haben das allergrößte Interesse, diesen Verdacht zu zerlösen.

Auf der Gehilfen-Ausstellung in Rünberg erhielt das Mitglied des hiesigen Vereins für Thierchutz und Gehilfenarbeit, Herr Kaufmann Daniels, auf außerordentlichem Wege einen zweiten Preis. Die Ausstellung selbst war eine sehr bedeutende.





